

56/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 26.02.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Maier

und Genossinnen

betreffend „Vereinheitlichung der Rücktrittsfristen für Konsumentinnen bei Konsumentengeschäften“

Zahlreiche gesetzlich geregelte Rücktrittsrechte (in Deutschland „Widerrufsrechte“) für Konsumentinnen haben in den vergangen Jahren - zuletzt nicht aufgrund von EU - Richtlinien - Aufnahme in unsere Rechtsordnung gefunden, wobei der vertragliche Ausschluss des Rücktrittsrechts gegenüber Verbraucherinnen grundsätzlich unzulässig ist.

Diese einseitigen Rücktrittsrechte finden sich in verschiedenen österreichischen Gesetzen. Bezeichnend ist aber die Heterogenität der Ausgestaltung in jedem Einzelfall: Große Unterschiede ergeben sich beispielsweise in der Dauer der Rücktrittsfrist, deren Berechnung, der Form, der Ausübung, der Belehrung über das Rücktrittsrecht, in der Rückabwicklung, den Rechtsfolgen etc. Diese unübersichtliche Rechtssituation erfordert generell eine Rechtsvereinheitlichung und damit auch mehr Schutz für Konsumentinnen.

In Deutschland war das neue „Fernabsatzgesetz“ Teil eines Gesetzespaketes, mit dem ein erster wesentlicher Schritt unternommen wurde, um das unübersichtliche und teilweise in sich unschlüssige Verbraucherrecht auf einem hohen Verbraucherschutzniveau zu vereinheitlichen. Damit entsprach die deutsche Bundesregierung einer wichtigen Forderung der deutschen Verbraucherschutzverbände.

Seit dem 1. Oktober 2000 gilt in Deutschland daher eine generelle Widerrufsfrist von 14 Tagen bei Haustürgeschäften, Kaffee Fahrten, Zeitschriftenabonnements, Verbraucherkrediten aber auch bei Timesharingverträgen (letztere bisher 10 Tage). Damit können unseriöse Geschäftsmacher wirksamer bekämpft und Überrumpelungsverträge nach entsprechender Nachdenkpause („cooling off period“) ohne Begründung - meist - schriftlich aufgelöst werden. Diese Vereinheitlichung der Rücktrittsfristen auf das Niveau von Deutschland ist auch für Österreich anzustreben.

Der rechtliche Verbraucherschutz wurde in Deutschland durch das „Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts“ (SchuldrechtsmodG) in das BGB übernommen. Damit erfolgte eine Integration fast aller verbraucherschützenden Sonderprivatrechte in das BGB. Die nachfolgende „Reform der Schuldrechtsreform“, die mit 1. 8. 2002 in Kraft getreten ist, brachte insgesamt Verbesserungen aber auch Verschlechterungen des rechtlichen Verbraucherschutzes.

ENTSCHLIESSUNG

Die unternommenen Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Justiz wird aufgefordert,

Eine einheitliche Rücktrittsfrist von 14 Tagen in allen einschlägigen „Konsumentenschutzgesetzen“ (z. B. Konsumentenschutzgesetz, und entsprechende Bauträgervertragsgesetz, Kapitalmarktgesezt) vorzuschlagen und entsprechende Gesetzesänderungen dem Nationalrat vorzulegen. Dies soll der erste Schritt zur Vereinheitlichung und Vereinfachung bzw. für eine verbesserte Übersichtlichkeit (Klarheit) des Österreichischen zivilrechtlichen Konsumentenschutzes sein.